A-03 Von Menschenrechten kann man nicht zurücktreten. Für die Freilassung ukrainischer Zivilgefangener in russländischer Gefangenschaft

Gremium:	BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum:	12.10.2025
Tagesordnungspunkt:	A Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Wir fordern die Stärkung der internationalen Bemühungen um die Freilassung ukrainischer Zivilpersonen aus der Gefangenschaft der Russischen Föderation. In Friedensgesprächen werden territoriale Kompromisse und „Gebietstausch“ diskutiert. Dabei droht das Schicksal tausender Zivilgefangener in russländischem Gewahrsam in Vergessenheit zu geraten.

Am 17. September 2025 hat die Staatsduma einstimmig den Austritt Russlands aus der europäischen Anti-Folter-Konvention beschlossen. Damit entzieht sich Russland bewusst der internationalen Kontrolle seiner Haftanstalten. Diese Entscheidung unterstreicht die Dringlichkeit, die Lage der tausenden zivilen ukrainischen Gefangenen in russländischer Haft mit allen politischen und diplomatischen Mitteln auf die internationale Agenda zu setzen.

Russland setzt systematisch Repression, Folter und Mord ein, um Widerstand in der Bevölkerung zu brechen und die Menschen nach stalinistischen Methoden zu russifizieren. Nach Angaben der ukrainischen Ombudsperson wurden bis Mai 2025 fast 16.000 Zivilpersonen identifiziert, die sich in Gefangenschaft der Russischen Föderation befinden oder befanden; rund 1.800 sind weiterhin in russländischen Haftanstalten. Das Europäische Parlament spricht von über 70.000 Vermissten, deren Schicksal unklar ist.

Überlebende berichten von überfüllten Zellen, Schlafentzug, Hunger, Entzug von medizinischer Versorgung, Schlägen, Elektroschocks, sexualisierter Gewalt und Scheinexekutionen. Familien erhalten keine Informationen über den Aufenthaltsort oder Gesundheitszustand ihrer Angehörigen. Internationalen Organisationen wird der Zugang zu Gefängnissen verweigert.

Jeder Verdacht auf Loyalität zur Ukraine wird unter dem Vorwand von Spionage, Hochverrat, Terrorismus und die Diskreditierung der russischen Streitkräfte zur Anklage gebracht und die Gerichte in den besetzten Gebieten, die zu einem großen Teil mit Richtern besetzt sind, die aus der Russischen Föderation abgeordnet wurden, verurteilen Zivilpersonen zu drakonischen Strafen von bis zu 25 Jahren und zu horrenden Geldstrafen.

Diese Politik zielt darauf ab, ukrainische Gefangene dem Schutz des Völkerrechts zu entziehen. Langanhaltende Inhaftierungen unter vollständiger Isolation von der Außenwelt erfüllen den Tatbestand unmenschlicher und erniedrigender Behandlung im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention und der UN-Antifolterkonvention.

Ein besonders erschütterndes Beispiel ist das Schicksal der ukrainischen Journalistin Viktoria Roshchyna. Im August 2023 wurde sie während einer Recherchereise in den von Russland besetzten Gebieten verschleppt. Monate später bestätigten Behörden der Russischen Föderation ihre Inhaftierung, hielten sie jedoch ohne Kontakt zur Außenwelt fest. Sie starb im September 2023 in Gefangenschaft und ihr Leichnam wurde erst im Februar 2025 an die Ukraine übergeben. Forensische Untersuchungen belegten Spuren schwerster Misshandlungen und Folter. Roshchynas Tod macht deutlich, wie gezielt Russland Zivilpersonen – darunter auch Journalist*innen – ins Visier nimmt, um jede unabhängige Berichterstattung zu unterdrücken und die Opfer dem Schutz internationalen Rechts zu entziehen.

Personen, die sich in den okkupierten Gebieten der Russifizierung widersetzen, werden dabei in Medien und durch Sicherheitsorgane der Russischen Föderation häufig mit Verweis auf angebliche „psychische Erkrankungen“ diffamiert. Exemplarisch steht hierfür der Fall von Kostiantyn Zinovkin, der nach Protesten verschleppt, durch Folter zu einem „Geständnis“ gezwungen und nach Rostow am Don überführt wurde. Seine Ehefrau setzt sich in Deutschland für ihn ein – sein Schicksal steht stellvertretend für viele andere.

Diese Praxis der Zwangspsychiatrisierung knüpft an sowjetische Methoden an und erfüllt nach Einschätzung der UN und internationaler Menschenrechtsorganisationen den Tatbestand von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zudem verstoßen diese Repressionen gegen internationales Recht, darunter die Genfer Konventionen von 1949, die Zusatzprotokolle von 1977 und die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950. Deutschland und seine Partnerstaaten müssen darauf drängen, dass diese Rechte eingehalten werden.

Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung auf,

- sich in allen internationalen Foren – einschließlich UN, Europarat und EU – nachdrücklich für die Freilassung aller ukrainischen Zivilpersonen in russländischem Gewahrsam einzusetzen, unabhängig davon, ob diese seit 2014 auf der Krim, im Donbas oder seit 2022 in den neu besetzten Gebieten inhaftiert wurden und ob sie in den besetzten Gebieten zwangsweise die russländische Staatsangehörigkeit annehmen mussten;

- sicherzustellen, dass die Schicksale ziviler Gefangener gleichrangig mit denen von Kriegsgefangenen und verschleppten Kindern behandelt werden;

- dokumentierte Menschenrechtsverletzungen wie Folter, erzwungene Geständnisse, Scheinprozesse und Psychiatrisierungen klar als völkerrechtswidrig zu verurteilen und politische wie juristische Schritte einzuleiten;

- internationale Dokumentations- und Anwaltsprogramme auszuweiten, Beweise für künftige Verfahren zu sichern und Betroffenen rechtlichen Beistand zu ermöglichen.

Ergänzende Maßnahmen:

1. Politische Patenschaften: Abgeordnete übernehmen Einzelschicksale (z. B. Zinovkin), um Druck aufzubauen und Aufmerksamkeit zu schaffen.

2. EU-Sanktionen: Verantwortliche für willkürliche Festnahmen und Folter in den Magnitsky-Sanktionsmechanismus aufnehmen.

3. Koordinierungsstelle im Auswärtigen Amt: Zentrale Erfassung dokumentierter Fälle und Abstimmung mit NGOs.

4. Internationale Foren nutzen: Verstärkte Thematisierung in OSZE, Europarat, UN-Menschenrechtsrat.

5. Langfristige Unterstützung: Rehabilitierung, medizinische und psychologische Hilfe für Freigelassene sowie rechtliche Aufarbeitung vor internationalen Gerichten sicherstellen.

Begründung

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 und der Errichtung russländischer Besatzungsstrukturen im Donbas wurden tausende ukrainische Zivilpersonen willkürlich verschleppt und inhaftiert. Mit dem Angriffskrieg 2022 nahm diese Praxis massiv zu.

Russland missbraucht als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats sein Vetorecht im UN-Sicherheitsrat als Schutzschild. Umso wichtiger ist es, Russlands Politik in der Generalversammlung und in allen internationalen Foren zur Sprache zu bringen, den gezielten Bruch internationalen Rechts klar zu benennen und Russland stärker zu isolieren.

Die oben genannten Fälle stehen stellvertretend für Tausende und unterstreichen die Notwendigkeit, den Schutz ziviler Gefangener und inhaftierter Zivilpersonen durch das Völkerrecht zu sichern. Daher benötigt die internationale Gemeinschaft Instrumente, um Verantwortlichkeiten eindeutig festzulegen und konsequent durchzusetzen. Zudem verdeutlicht die Lage in den besetzten Gebieten, wie brutal Information und Wahrheit von der russländischen Propaganda als Angriffsziele, durch Diffamierung, Leugnung oder Verschleierung des tatsächlichen Zustands von Gefangenen, missbraucht werden.

Zivile Gefangene haben – anders als Kriegsgefangene – keinen "Tauschwert". Andernfalls könnte die russländische Militärführung vermehrt ukrainische Zivilisten gefangen nehmen, um sie für ihre Militärangehörigen zu tauschen. Ohne internationalen Druck, Sanktionen und öffentliche Thematisierung ist nicht zu erwarten, dass Russland diese Menschen freilässt. Ihre Festsetzung unter fadenscheinigen Begründungen dient der Bedrohung jeder noch so kleinen Geste der Loyalität zur Ukraine.

Darum ist es dringend erforderlich, ihre Freilassung zu einer internationalen Priorität zu machen und den Druck auf Russland zu erhöhen.

Frieden beginnt dort, wo Unrecht benannt und Menschen befreit werden.

Quellen:

- Putin Marks Another Break From International Norms As Russia Exits Anti-Torture Pact https://www.rferl.org/a/russia-withdraws-antitorture-convention/33533784.html
- Amnesty International (2023/2024): dokumentiert systematische Folter, willkürliche Festnahmen und das „Verschwindenlassen" von Zivilist:innen in den besetzten Gebieten (Krim, Donbas, später auch Cherson, Saporischschja).
- Quelle: Amnesty International, Russia/Ukraine: Torture and abductions in occupied territories, 2023.
- a. https://www.amnesty.de/amnesty-report/regionalkapitel-europa-zentralasien-2024
- b. https://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/russland/dok/2025/misshandlung-von-ukrainischen-gefangenen-stellt-kriegsverbrechen-und-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit-dar
- Human Rights Watch (2023/2024): berichtet über ein Netz von Geheimgefängnissen und Folterzentren, insbesondere in Donezk und Luhansk; hunderte Fälle von willkürlicher Inhaftierung dokumentiert.
- Quelle: HRW, Ukraine: Torture, Abductions in Occupied Regions, 2022
- a. https://www.hrw.org/de/news/2023/04/13/ukraine-russian-torture-center-kherson
- b. https://www.hrw.org/de/news/2025/05/06/russische-folter
- EU-Parlament (Resolution 2023/2024): geht von „mehreren Tausend Zivilpersonen" aus, die in russischen Gefängnissen oder Lagern festgehalten werden, ohne Aussicht auf Austausch.
- Quelle: Europäisches Parlament, Resolution zu Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten, 2023.
- https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-10-2025-0307_EN.html
- IGFM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, 2024): hebt Einzelschicksale hervor (z.B. Fall Zinovkin) und fordert politische Patenschaften. Schätzungen zufolge befinden sich über 1.000 Zivilpersonen in russischen Gefängnissen, viele davon aus dem Donbas.
- https://www.igfm.de/jahrestagung-2025-liusiena-zinovkina/
- Pavel Lysiansky / Eastern Human Rights Group (laufend): berichtet seit 2014 über systematische Verfolgung in den „Volksrepubliken" Donezk und Luhansk.
- "Sie foltern, benutzen sowjetische Methoden, sie haben keine Angst vor irgendetwas, weil die Militärführung auch alle Soldaten so verängstigt, dass, wenn sie Russland verlieren, Den Haag auf alle warten wird, also müssen sie härter mit Gefangenen und entführten Menschen umgehen. Sie vergewaltigen auch Frauen, das heißt, es kann davon ausgegangen werden, dass dies Lager auf dem Gebiet des Kernkraftwerks Enerhodar im Gebiet Saporischsja ein weiteres vollwertiges Filtergefängnis ist", sagte Lysiansky. (Die Übersetzung wurde präzisiert). https://censor.net/en/

news/3363521/occupying_leadership_at_znpp_threatens_---subordinates_of_hague_to_treat_prisoners_more_harshly_human_rights

- Quelle: Eastern Human Rights Group Reports, 2019–2025.
- https://english.nv.ua/tags/eastern-human-rights-group.html
- Bundeszentrale für politische Bildung. Dokumentation: Kurzzusammenfassungen ausgewählter Berichte zur aktuellen Lage in den von Russland besetzten Gebieten Ukraine-Analysen Nr. 317
- https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-317/563441/dokumentation-kurzzusammenfassungen-ausgewaehlter-berichte-zur-aktuellen-lage-in-den-von-russland-besetzten-gebieten/
- Detention of civilians in the context of the armed attack by the Russian Federation against Ukraine, 24 February 2022 – 23 May 2023
- https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/detention-civilians-context-armed-attack-russian-federation-against
- Thousands of Ukraine civilians are being held in Russian prisons. Russia plans to build many more. (July 13, 2023)
- https://apnews.com/article/ukraine-russia-prisons-civilians-torture-detainees-88b4abf2efbf383272eed9378be13c72
- Koordinierungsstab zur Freilassung von Gefangenen
- Texty.org.ua –
- Zeugnisse ehemaliger Gefangener
- Frontliner.ua
- Dekoder.org.ua – Sammlung von Zeugenaussagen
- Die Plattform hat über dreieinhalb Jahre hinweg Aussagen von Gefangenen gesammelt. Der Tenor: Folter ist systematisch, die Organisation der Haft chaotisch, und die Inhaftierten werden gezielt entmenschlicht.
- https://www.msn.com/de-de/nachrichten/welt/so-ergeht-es-ukrainischen-soldaten-in-gefangenschaft/ar-AA1Lu30r
- Civilians in Captivity
- https://www.linkedin.com/company/civilians-in-captivity
- Amnesty International Ukraine: Der Bericht „A Deafening Silence“ dokumentiert, wie ukrainische Zivilpersonen in russischer Haft verschwinden, gefoltert und isoliert werden – oft über Jahre hinweg.
- https://www.amnesty.org/en/documents/eur50/9046/2025/en/
- What Is Going On in Donbas? - Interview with Representative of Ukraine's Ombudswoman, (20. Januar, 2020)

- https://ukraineworld.org/en/articles/russian-aggression/what-going-donbas-interview-representative-ukraines-ombudswoman
- Zwangskonversion und Terror. Russlands Besatzungsregime in der Ukraine, Andreas Heinemann-Grüder, Sergej Savčenko, Dmitrij Durnev,
- https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2025/4/zwangskonversion-und-terror